

«Die Personenfreizügigkeit ist politisch tot»

Der streitbare Ökonom Reiner Eichenberger nennt das Gesetz zur Masseneinwanderungsinitiative «eine Nulllösung». Nun schlägt er vierstellige «Zuwanderungspreise» zur Beschränkung der Einwanderung vor - sie seien EU-verträglich.

Christoph Aebischer

Reiner Eichenberger, was halten Sie von den starken Aussengrenzen und den Einreiseverboten, die US-Präsident Donald Trump durchsetzen will?

Sein Vorgehen wirkt konfus. Gesucht positiv könnte man es als Versuch zum Sprengen von Fesseln sehen. Er wirft einen Stein ins Wasser und schaut, was passiert.

Wissenschaftler und Sportler aus sieben islamischen Ländern durften nicht einreisen, bis ein Richter Trump vorläufig stoppte. Ist das nicht absurd?

Zum Glück trifft seine Migrationspolitik schon jetzt nicht bloss Arme und Schwache, die niemand sieht und hört. Aufgrund der Reaktionen macht er vielleicht am Ende doch noch etwas Vernünftiges.

Und wie halten Sie es mit der Einwanderung?

Da muss ich zuerst etwas klären: Freihandel heisst offene Grenzen für Güter, Dienstleistungen und allenfalls Kapital. Freihandel heisst aber nicht freier Personenverkehr. Menschen und Güter darf man nicht verwechseln.

Das sehen aber nicht alle Ökonomen so...

Mittlerweile schon wieder.

Ihr härtester Rivale in dieser Frage, der Basler Ökonom George Sheldon, auch?

Ah, das alte Streitgespräch in Ihrer Zeitung! George Sheldon brachte im Januar vor drei Jahren einiges durcheinander (schmunzelt).

Er warf Ihnen vor, Sie würden bei der Personenfreizügigkeit faktenfrei argumentieren.

Dieser Vorwurf wurde damals aus dem Zusammenhang gerissen. Sheldon reagierte auf meine Kritik an den meist vom Bund finanzierten Studien zum Nutzen der Personenfreizügigkeit. Dies betraf auch ihn als Studienautor. Ich betonte, man solle aufhören, dieses Prinzip derart zu vergöttern. Mit Recht wies er darauf hin, dass meine Aussagen nicht auf abstrakten, theoretischen Studien basieren würden. Ich habe meine Position

Zur Person

Eichenberger - der Ökonom

FELDMEILEN Volkswirtschaft studierte Reiner Eichenberger, weil er die Welt verstehen wollte. Nun erklärt der 55-jährige Wirtschaftswissenschaftler anderen die Welt. Kaum ein Thema, zu dem ihm nichts einfällt. Eichenberger wohnt mit seiner Frau und seinen beiden Kindern mit Aussicht auf den Zürichsee in Feldmeilen. Der Professor, der seit Ende 1998 an der Universität Freiburg einen Lehrstuhl für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik innehat, empfängt in der vorlesungsfreien Zeit daheim zum Interview. Die Debatte um die Masseneinwanderungsinitiative, die er befürwortete, trug ihm den Ruf ein, der SVP nahezu stehen. *cab*



Zuwanderer sollen während mehrerer Jahre einen Zuschlag auf den Steuern von 4000 bis 5000 Franken bezahlen, schlägt Reiner Eichenberger vor.

Bild Patrick Gutenberg

tion argumentativ aus einfachen ökonomischen Grundsätzen und Plausibilitätsüberlegungen hergeleitet.

Das tönt jetzt tatsächlich wenig wissenschaftlich...

Das ist genau gute Wissenschaft. Wichtig ist, dass die relevanten Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Das kann man so oft besser als mit einem mathematischen Modell. Entscheidend bleibt: Zuwanderer nützen und kosten. Der Bund und seine Auftragsstudien haben bisher einfach die Kosten ignoriert. Das ist unwissenschaftlich.

Auf jeden Fall gelten Sie, seit Sie für die Masseneinwanderungsinitiative weibelten, als Kronzeuge der SVP...

...Ich bin nicht SVP-nah. In vielem habe ich eine komplett andere Meinung. Wir teilen einfach die Position, dass Personenfreizügigkeit nicht per se gut ist. Allerdings ziehe ich andere Schlüsse daraus. Diese habe ich qualifizierter begründet als der Bund die seinen.

Woher nehmen Sie dieses Selbstbewusstsein?

Die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit sind komplex, und die Wanderung wirkt sich in der Schweiz anders aus als in typischen Zuwanderungsländern wie den USA oder Australien. Um da durchzusehen, muss man den Mut haben, selbst und unabhängig zu denken. Der Bund hat zwar viele teure Gutachten in Auftrag gegeben, aber er wollte nicht eine ehrliche Antwort, sondern eine Bestätigung für seine vorgefasste Meinung, dass Personenfreizügigkeit gut ist. Das machte die Arbeit auch für gute Wissenschaftler schwierig.

Zurück zur Aktualität: Die Frist für die Umsetzung der SVP-Initiative läuft am Mittwoch ab. Das Parlament liefert fristgerecht ein Gesetz dazu. Sind Sie zufrieden damit?

Überhaupt nicht. Da wurde eine Riesenchance vertan. Aber die Nulllösung ist besser, als wenn man etwas Halbes gemacht hätte.

Ja, was jetzt?

Ein starkes Gesetz hätte riesige Vorteile gebracht. Schlimmer als jetzt wäre aber ein halbstarres Gesetz mit formeller Zustimmung der EU gewesen. Davon hätte der Bundesrat, der vor der EU zittert, dann nie mehr abzuweichen gewagt. Das immerhin blieb nun aus.

Wie beurteilen Sie als Demokratiefan das epische Feilschen um das Gesetz im Parlament?

Man ist einen Schritt weiter. Die Vorstellung, dass die Personenfreizügigkeit positiv ist, ist politisch tot. Und es ist vielen klargeworden, wie wenig die Bilateralen I bringen.

Sie sehen sich als Experten für Marktversagen, auch für politisches Marktversagen. Ist das Gesetz ein solches?

Ja. Aber immerhin erhält diese superschwache Massnahme den Druck aufrecht, dass nach einer echten und brauchbaren Lösung gesucht wird.

Dann befürworten Sie einen Showdown an der Urne für oder gegen das ganze Paket - inklusive der sechs bilateralen Abkommen.

Wirkungsvolle Massnahmen ohne Schweizer Kündigung der Bilateralen I wären besser. Wenn das aber das Parlament nicht will, braucht es halt einen Showdown. Wer diese sechs Verträge studiert, merkt schnell, dass es nicht um viel geht. Würden sie heute ohne jede Ersatzlösung gekündigt, wüchsen die Einkommen pro bisherigen Einwohner bis 2035 nur um 0,7 Prozent schwächer, aber immer noch um über 9 Prozent. Dies zeigte im Herbst 2015 eine im Auftrag des Bundes erstellte Studie von Ecoplan auf. Viel wichtiger als diese Verträge ist der Freihandel mit der EU, doch dieser ist separat geregelt und nicht gefährdet.

Was ist denn gut an der Masseneinwanderungsinitiative?

Sowohl der Bund wie auch der Wirtschaftsdachverband der Economiesuisse waren gefangen in der Vorstellung, dass die Personenfreizügigkeit grundsätzlich positiv sei. Doch sie

nützt vor allem Managern, die leichter Personal einstellen können. Viele andere leiden unter der starken Einwanderung. Ginge diese Entwicklung weiter, hätte das ökonomisch wie ökologisch sehr hohe Kosten zur Folge. Gut war auch, dass das Abstimmungsresultat am 9. Februar 2014 knapp ausfiel. Denn mit Kontingenten, wie sie der SVP vorschweben, droht ein bürokratischer Albtraum.

Was schwebt Ihnen also vor?

Wir brauchen Zuwanderungspreise. Ich gehe davon aus, dass die EU solche eher akzeptieren würde als Kontingente. Die EU offerierte Grossbritannien etwas Ähnliches für den Fall, dass das Land auf den Brexit verzichtet hätte: Gering verdienende Neuzuwandernde hätten anders als Einheimische keine staatlichen Lohnzulagen mehr erhalten. Mir schwebt ein Preissystem vor, das nicht Leistungen vorenthält, sondern von jedem Zuwanderer einen zusätzlichen Beitrag verlangt.

Sie meinen Ihre «Kurtaxen» für Zuwanderer, die als nicht vereinbar mit der Personenfreizügigkeit gelten?

Man muss die Alternativen vergleichen. Die Kurtaxe ist EU-kompatibler als Kontingente. Die EU-Experten lehnen Mengenvorschriften strikte ab. Sie bevorzugen Preismodelle. Das war sogar beim Transportabkommen der Bilateralen I so. Die Schweiz wollte Alpentransitkontingente, die EU akzeptierte nur Transitpreise. Genau diesem Ansatz folgt auch meine Kurtaxe. Mir schwebt ein täglicher Zuschlag auf der Einkommens- beziehungsweise Quellensteuer für jeden Zuwanderer vor, den er während der drei bis fünf ersten Jahre zu bezahlen hätte. Ich will also keinen Eintritts-, sondern einen Aufenthaltspreis. So bliebe die Wanderungsfreiheit erhalten.

Wer würde das Geld erhalten?

Es würde idealerweise in die allgemeine Staatskasse fliessen. Damit liessen sich höhere Aufwendungen bezahlen, die aus einer schnell wachsenden Be-

völkerung resultieren, etwa für Infrastruktur und Umweltschutz.

Wie hoch sollte diese Abgabe ausfallen?

Etwa 12 bis 15 Franken pro Tag oder 4000 bis 5000 Franken pro Jahr.

Und diese Abgabe wäre für den portugiesischen Gipser gleich hoch wie für den amerikanischen IT-Spezialisten? Ja.

Für einen Gipser wiegt dieser Betrag viel schwerer.

Das stimmt. Aber er bezieht sich eben auf die entstehenden Kosten, und diese sind immer etwa gleich hoch. Zudem ist eine solche Abgabe allemal tragbar angesichts der Einkommensunterschiede zur Heimat des Gipser. Sie soll zudem pro Person erhoben werden, also auch für weitere Familienmitglieder, für Kinder aber sehr stark reduziert. Unter dem Strich würden dann wohl etwa 500 000 Personen eine solche Abgabe entrichten, was 2 bis 2,5 Milliarden Franken pro Jahr einbrächte. Damit gewänne die Zuwanderung an Akzeptanz, weil einheimische Steuerzahler entlastet würden.

Letztlich zahlten doch die Arbeitgeber, also beispielsweise Google. Dann wäre Ihr Instrument wirtschaftsschädlich.

Der Arbeitgeber müsste nur dort mehr Lohn bezahlen, wo die Löhne wegen der hohen Zuwanderung gesunken sind.

Wie stark würden solche Kurtaxen die Einwanderung bremsen?

Genau lässt sich dies nicht prognostizieren. Es kämen dann vermehrt diejenigen, die stark vom Zuwandern profitieren und die der Schweiz viel bringen.

Ist das nicht Wunschenken? Die Einkommensunterschiede sind ja immer noch hoch.

Die Zuwanderung würde sicher zurückgehen. Es gibt ja bisher Zuwanderer, für die sich das Zuwandern, unter Abwägung aller Aspekte, nur knapp

lohnt. Solche kämen dann nicht mehr.

Skeptisch macht, dass Ökonomen auf fast alles eine Antwort haben.

Tatsächlich erlaubt unsere Disziplin fruchtbare Analysen fast aller gesellschaftlicher Probleme. Ökonomische Erklärungen sind nie Ersatz, sondern Ergänzung anderer Ansätze.

Sie haben einen allgemeingültigen Erklärungsansatz?

Das unterscheidet uns von anderen Disziplinen. Ökonomen können dank einfacher theoretischer Grundbausteine, etwa dass Menschen lieber Vor- als Nachteile haben und auf Anreize reagieren, oft erstaunlich allgemeingültige Aussagen liefern.

Sie selber reizen das ziemlich aus und äussern sich zu fast allen Themen. Schadet das der Glaubwürdigkeit nicht?

Der Schweizer Markt für ökonomische Expertise ist begrenzt. Weil es nur wenige Spezialisten pro Sachgebiet gibt, macht es Sinn, wenn einzelne Ökonomen breiter ausgerichtet sind. Natürlich muss man dann etwas Originelles zu sagen haben. Das macht mir einerseits Spass, und andererseits bin ich der Meinung, dass ich auch fruchtbare Beiträge leisten kann.

Gibt es etwas, wozu Sie nichts sagen könnten?

(denkt nach) Es gibt Fragen, bei denen ich mich schwertue. Zum Beispiel, ob Zuwanderer je nach Herkunftsland und Ausmass der verursachten Kosten unterschiedlich besteuert werden sollten.

Dann wäre plötzlich ein Afghane stärker zu besteuern als ein Deutscher?

Vor derartigen Schlüssen schreke ich zurück. Ich möchte keine solche Diskriminierung, obwohl der Ansatz streng ökonomisch richtig wäre. Interessant ist aber, dass gerade die heutige Zuwanderungspolitik mit der Personenfreizügigkeit für EU-Bürger und Kontingente für Drittländer extrem diskriminierend ist.